

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*****Jetzt entscheiden: Jugendvollzug in Bremen belassen!***

Der Bremer Senat beabsichtigt nach wie vor, den Jugendvollzug in Bremen zu schließen und nach Hameln zu verlegen. Er will in Bremen Arbeitsplätze für Justiz-Bedienstete abbauen und zukünftig Bremer Steuergeld nach Niedersachsen überweisen, damit dort Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

Nach der Beschlusslage des Senats sollten die Verhandlungen mit Niedersachsen bereits zum Jahresende 2003 abgeschlossen sein. Inzwischen hat sich die niedersächsische Landesregierung gegenüber dem niedersächsischen Landtag festgelegt, unter welchen Bedingungen sie zu einem Abschluss bereit wäre. Diese hat der Senat nicht akzeptiert. Er geht davon aus, dass die niedersächsische Landesregierung ein neues Angebot vorlegt, nach dem niedersächsische Steuerzahler einen Teil der Haftkosten für Bremer Gefangene übernehmen sollen.

Die fehlende Perspektive, die Unklarheit, was werden wird, hat zur Folge, dass der Jugendvollzug in Bremen auf unabsehbare Zeit gesetzwidrig (Trennungsgebot) und ohne vernünftiges inhaltliches Konzept arbeitet. Schon deshalb ist es notwendig, jetzt die Entscheidung zu treffen, dass der Jugendvollzug dauerhaft im Lande Bremen verbleibt.

Das Gebot, Jugend- und Erwachsenenvollzug voneinander zu trennen, ist geltendes Bundesrecht. Darüber hinaus führt der momentane gemeinsame Vollzug zu unhaltbaren Zuständen für die Jugendlichen. Es ist erforderlich, den Jugendvollzug rechtlich, räumlich, personell und organisatorisch komplett vom Erwachsenenvollzug zu trennen, was auch eine selbständige Anstaltsleitung für den Jugendvollzug bedeutet.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den gesamten Jugendvollzug dauerhaft in Bremen zu belassen;
2. den Jugendvollzug rechtlich, personell und organisatorisch vom Erwachsenenvollzug in Oslebshausen zu trennen;
3. eine selbständige Anstaltsleitung für den Jugendvollzug einzurichten;
4. die baulichen Voraussetzungen für die Einhaltung des Trennungsgebotes zu schaffen.

Jan Köhler, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen